

Dieses Gesetz gefährdet die flächendeckende Versorgung

KZVB informiert über Warkens Gesundheitsreform

Im Rekordtempo hat das Bundeskabinett das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz (BStabG) verabschiedet. Von den darin enthaltenen Sparmaßnahmen sind auch die Zahnärzte betroffen. Was genau auf die Praxen zukommt, erfuhren die unterfränkischen Zahnärzte Anfang Mai bei einer Infoveranstaltung in Würzburg. Weitere Veranstaltungen finden in München und Nürnberg statt.

Großbaustelle Gesundheitswesen

Der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott nahm kein Blatt vor den Mund. Aus seiner Sicht hat die Bundesregierung das Gesundheitswesen in eine Großbaustelle verwandelt, in der allerdings nur Tiefbauunternehmen zum Einsatz kämen. Über Jahrzehnte gewachsene Versorgungsstrukturen würden nun förmlich platt gewalzt. Durch das geplante Moratorium

für Punktwert- und Budgeterhöhungen stünden in den kommenden drei Jahren bundesweit 871 Millionen Euro weniger für die zahnmedizinische Versorgung zur Verfügung. Die Niederlassungsbereitschaft werde weiter sinken, das Praxissterben beschleunigt. Hinzu käme die Absenkung der Festzuschüsse und ein „Kahlschlag in der Kieferorthopädie“ durch den geplanten Fachzahnarztvorbehalt. Auch die Selbstverwaltung habe der Gesetzgeber im Visier. Schotts Hoffnung liegt nun auf dem Bundestag, den bekanntlich noch kein Gesetz so verlassen habe, wie es eingereicht wurde. „Wir werden alles dafür tun, um Verbesserungen für die Zahnärzteschaft zu erreichen.“

Die stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Marion Teichmann kritisierte, dass der Honorar-Rasenmäher auch bei den Zahnärz-

ten angesetzt werde, obwohl sie nicht die Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen seien. „Durch unsere Präventionserfolge haben die Krankenkassen Milliarden eingespart. Das hat auch die Finanzkommission gewürdigt. Und trotzdem streicht man uns allein in Bayern durch das Spargesetz rund 180 Millionen Euro.“ Sie verwies auch darauf, dass weiterhin fast 12 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen ausgegeben werden. Zum Vergleich: Die gesamte Zahnmedizin kostet die GKV rund 18 Milliarden Euro.

Vorstandsmitglied Dr. Jens Kober sah trotz widriger politischer Rahmenbedingungen keinen Grund für Pessimismus. Die größten Verlierer dieser Gesundheitsreform



Der KZVB-Vorstand informierte in Würzburg darüber, was durch Warkens Spargesetz auf die Zahnärzte zukommt. Weitere Veranstaltungen finden in München und Nürnberg statt.